

TÜBINGEN

Man darf Grundeinsichte

Winfried Hermann würde eine gute Oppositionsarbeit der Grünen ein

Dicke Luft gab es nur wegen der Hitze unterm Dach. Denn die Wahlkreis-Grünen waren sich absolut einig: Sie ziehen 2009 zum vierten Mal mit Winfried Hermann in den Bundestagswahlkampf.

RENATE ANGSTMANN-KOCH

Tübingen. 34 Wahlberechtigte, 34 abgegebene Stimmen, 34 mal Ja. „Ein guter Start“, freute sich Winfried Hermann, ehe er am Mittwochabend seine Mitstreiter vom stickigen Veranstaltungsraum unterm Dach des Frauen-Projekthauses in der Weberstraße in die luftigere Cafeteria dirigierte. Von Chris Kühn bekam er zur Nominierung eine Spielzeug-Lok als Geschenk des Kreisvorstands – wohl als Symbol, dass der verkehrspolitische Sprecher der Bundestags-Grünen Zugpferd im Wahlkampf und Rammbock gegen den Privatisierungswahn der Bahn sein soll.

Winfried Hermann hatte seine Bewerbungsrede der Hitze wegen auf zwanzig Minuten verkürzt. „Wir wählen nicht per Akklamation“, mahnte Sabine Schlager, als der Beifall nach dem Schlusspunkt kein Ende nehmen wollte. Auch Boris Palmer applaudierte. Er sprach, den Parteilfreund zu unterstützen. Allerdings werde er „in der Funktion, die ich für die Stadt bekleide“, nicht in der Wahlkampf-Kommission der Grünen mitarbeiten und auch nicht an einem Info-Stand stehen können. „Aber nicht,

weil du zu meinem Erzfeind geworden wärst“, versicherte der OB. Er wolle, dass Hermann wieder auf die Landesliste kommt: „Wir sind in einer Frage unterschiedlicher Meinung, haben aber sonst zu 95 Prozent Übereinstimmung.“ Palmer bat aber, „in der Öffentlichkeit mit Begriffen zurückhaltend zu sein im Umgang miteinander“.

Auch Winfried Hermann hatte in seiner Rede betont, dass es „mitnichten Feindschaft“ zwischen ihm und Palmer gebe. Gute Parteilfreunde müssten sich jedoch darauf hinweisen, wenn sie wie bei der Stadtwerke-Beteiligung am Kohlekraftwerk Brunsbüttel unterschiedlicher Meinung sind: „Boris macht hervorragende Politik. Deshalb ärgert es mich, dass er in diesem Punkt einen Fehler macht.“

Hermann begann seine Bewerbungsrede mit Kritik an der Großen Koalition. Sie habe zwar eine formale Mehrheit, aber keinen Rückhalt in der Bevölkerung für ihre Politik. In allen wichtigen Fragen – von der Rente mit 67 über Mindestlöhne bis zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr – lehne eine Mehrheit die Entscheidungen von Schwarz-Rot ab. Man könne nicht auf Dauer Politik gegen die Bevölkerung machen, ohne Politikverdrossenheit zu riskieren, warnte Hermann.

„Wir müssen ein ganz klares grü-

nes Programm und Profil haben, konzeptionell konsistent, aus einem Guss, so dass die Leute sagen, da bin ich dabei.“ Das forderte der Abgeordnete für den Wahlkampf seiner Partei. Vier Schwerpunkte sollten im Mittelpunkt stehen. „Zuallererst“ seien die Grünen eine Klimaschutz- und Umweltpartei. Zwar hätten sich inzwischen viele dieser Themen angenommen. „Aber wenn man sieht, dass der Beitrag der CDU zum Klimaschutz

die Atomkraft ist, wissen wir, dass wir nicht überflüssig sind“, sagte Hermann. Die Grünen müssten „eine Politik des doppelten Ausstiegs“ gegen längere Laufzeiten

„Kohle geht nicht wegen des Klimas, Kernenergie nicht wegen der Risiken.“

Winfried Hermann

und neue Atomkraftwerke machen, sich aber auch gegen das SPD-Konzept wehren, Kohlekraftwerke zu bauen.

Hermann will in der nächsten Legislaturperiode am Projekt einer „nachhaltigen Mobilität“ arbeiten. Hohe Energiepreise förderten den Willen umzusteigen. „Aber wir können gar nicht so viel Ökosteuer draufhauen, wie die Konzerne jetzt Preissteigerungen machen“, erklärte er. Es sei Aufgabe der Grünen, den Leuten klar zu machen, dass Energie nicht mehr billiger wird – aber „nicht mit lächelndem Gesicht“. Schließlich seien die hohen Preise auch ein soziales Problem. „Wir müssen daran denken, „dass



Trot (link

es hat A „eir tei des geg mu mel der